

Bericht über die österreichischen Bürgerkonsultationen

e 2 0
u 1 8
a t

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
Einleitung	6
1. Ergebnisse im Überblick	8
2. Zeitablauf und Formate der Bürgerkonsultationen	10
2.1. Methodologie der Online Befragung	13
2.2. Verarbeitung der Veranstaltungsergebnisse	13
3. Häufigste Themen bei den Bürgerkonsultationen	16
3.1. Ergebnisse auf Grundlage der Online Befragung	16
3.2. Ergebnisse auf Grundlage der Veranstaltungen	20
4. Häufigste Sorgen der Bürgerinnen und Bürger	22
4.1. Analyse der TOP 3 Kategorien auf die Frage: Gibt es Bereiche, die Ihnen Sorgen bereiten und in denen Sie sich mehr Unterstützung seitens der Europäischen Union wünschen?	22
5. Innovative Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger	25
5.1. Analyse der TOP 3 Kategorien auf die Frage: Wenn Sie Gesetzesinitiativen auf EU-Ebene einbringen könnten, was fänden Sie wichtig?	25
6. Aktivitäten im Kontext des Konsultationsprozesses	28
Aktive Rolle der österreichischen Bundesregierung	29
Aktivitäten der Europäischen Kommission	30
Bürgerkonsultationen des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR)	32
7. Anhang	33

Zusammenfassung

Die Durchführung europaweiter Bürgerkonsultationen geht auf eine Initiative des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron zurück und ist Teil des gegenwärtigen Reflexionsprozesses über die Zukunft Europas, der beim EU-Gipfel in Sibiu, Rumänien, am 9. Mai 2019 seinen Abschluss finden soll.

Österreich hat die Initiative, an der nunmehr 27 EU-Mitgliedstaaten teilnehmen (d.h. alle außer dem Vereinigten Königreich), von Beginn an unterstützt. Ziel ist die Involvierung einer möglichst großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern, um ihre Bedenken, Hoffnungen und Erwartungen an die EU zu identifizieren und politische Handlungsfelder aufzuzeigen, die für die Menschen wichtig sind.

Der Startschuss für die Bürgerkonsultationen in Österreich erfolgte am 15. Juni 2018 beim Europa-Forum Wachau mit Bundeskanzler Sebastian Kurz, Bundesminister Gernot Blümel und Bundesministerin Karin Kneissl. Abgeschlossen wurde der Prozess mit einer finalen Diskussionsveranstaltung unter Teilnahme von Bundeskanzler Sebastian Kurz am Rande der von Österreich als amtierendem Ratsvorsitz veranstalteten Subsidiaritätskonferenz am 15. November 2018 in Bregenz. Dazwischen fanden partizipative Veranstaltungen in unterschiedlichen Formaten statt, bei denen Bürgerinnen und Bürger mit politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Expertinnen und Experten über die Zukunft Europas diskutierten.

Um zusätzlich zu den Veranstaltungen und persönlichen Gesprächen eine weitere Möglichkeit der Beteiligung zu bieten, konnten im selben Zeitraum darüber hinaus auch online bzw. per Fragebogen Vorschläge und Diskussionsbeiträge der Bürgerinnen und Bürger eingebracht werden. Rund 4.000 Personen haben sich auf diesem Wege eingebracht. Die Ergebnisse weisen daher eine relativ geringe statistische Aussagekraft auf. Entlang vier offen gestellter Fragen konnte angegeben werden, (1) in welchen Bereichen mehr bzw. (2) weniger Engagement der EU von den Teilnehmenden erwartet wird, (3) welche Themen ihnen Sorgen bereiten und (4) welche Gesetzesinitiativen sie gerne auf EU-Ebene einbringen würden. Die Antworten wurden für die Auswertung in unterschiedliche Kategorien zusammengefasst, die sich an den Kapiteln des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) orientieren.

Die Ergebnisse der Befragung zeichnen folgendes Bild: Mehr EU-Engagement wird insbesondere in den Bereichen Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit (28% der Antworten), Umwelt (11% der Antworten) und „sonstigen“ Bereichen wie Datenschutz, Lobbyismuskontrolle und Transparenz (9% der Antworten) gewünscht.

Weniger Engagement der EU wünschen sich die Teilnehmenden der Befragung in „sonstigen“ Bereichen wie bei der Regulierung von Detailfragen oder Eingriffen in nationale Angelegenheiten (44% der Antworten), Innere Sicherheit und justizielle

Zusammenarbeit (13% der Antworten) sowie Landwirtschaft und Fischerei (9% der Antworten).

Bei der Frage nach jenen Bereichen, die den befragten Bürgerinnen und Bürgern Sorge bereiten und in denen sie sich mehr Unterstützung seitens der EU wünschen, wird am häufigsten der Bereich Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit (27% der Antworten) genannt. Danach folgt die Nennung von „sonstigen“ Bereichen wie der Sorge um die Renationalisierung der Mitgliedstaaten und Brexit (26% der Antworten) und Umwelt (11% der Antworten).

Die Möglichkeit einer Gesetzesinitiative würden die Befragten insbesondere in den Bereichen Asylwesen/Migration (16%), Institutionelle Bestimmungen (12%) und Sozialpolitik (8%) ergreifen.

Zusätzlich zur Befragung wurde eine Reihe von Dialog- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, die teils von Mitgliedern der Bundesregierung, aber auch anderen engagierten Akteuren und Initiativen abgehalten wurden. Der Konsultationsprozess wurde damit in Österreich durch wichtige Beiträge seitens interessierter Organisationen und Plattformen ergänzt.

Die durchgeführten Veranstaltungen wiesen eine große Bandbreite hinsichtlich des Formats, Teilnehmerkreises und der thematischen Ausrichtung auf. Niederschwellige Dialogformate (beispielsweise Informationsstände für Direktgespräche mit Passantinnen und Passanten) ermöglichten eine sehr unkomplizierte Teilnahme. Synergieeffekte konnten zudem durch die zeitliche Überlappung mit dem österreichischen EU-Ratsvorsitz genutzt werden, da rund um den Zeitraum des Konsultationsprozesses eine hohe Veranstaltungsdichte mit Teilnahme von Regierungsmitgliedern, Vertretern der EU-Institutionen und politischen Repräsentanten und Repräsentantinnen aus anderen EU-Mitgliedstaaten gegeben war.

Die Migrations- und Asylpolitik wurde von Bürgerinnen und Bürgern auch im Rahmen der Veranstaltungen häufig thematisiert. Dies erfolgte oftmals verknüpft mit einem Fokus auf Grenzsicherung, das Thema wurde jedoch auch im Konnex mit Klimaschutz, Entwicklungshilfe und der Rolle der EU in Afrika und im Mittleren Osten angesprochen. Neben dem Migrations-/Asylthema wurde auch intensiv zu einer Vielzahl anderer Themen diskutiert, darunter Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion, Jugend und Bildung, die EU-Außenpolitik (einschließlich der Europäischen Nachbarschaftspolitik und Erweiterung), eine gemeinsame Verteidigungspolitik, Sozialpolitik und Landwirtschaftspolitik.

Auch Demokratie und Bürgerbeteiligung sowie Unzufriedenheit mit der bzw. Verbesserungsmöglichkeiten für die Kommunikation und Vermittlung europäischer Politik wurden im Rahmen der Veranstaltungen ausführlich debattiert.

Die Bürgerkonsultationen trugen zu einer lebhaften und vielschichtigen Debatte über die Zukunft Europas bei und belegen das große Interesse der Österreicherinnen und Österreicher am Friedensprojekt Europa und an dessen aktiver Mitgestaltung.

Die Ergebnisse der europaweiten Bürgerkonsultationen sollen beim Europäischen Rat im Dezember 2018 in die Debatten der Staats- und Regierungschefs einfließen. Zu diesem Zweck wird aus den jeweiligen nationalen Berichten ein gemeinsamer Bericht erstellt. Beim EU-Gipfel in Sibiu im Mai 2019 sollen auf dieser Grundlage schließlich prioritäre politische Handlungsfelder für die kommenden Jahre identifiziert werden.

Einleitung

Die Durchführung europaweiter Bürgerkonsultationen ist Teil der gegenwärtigen Debatte um die Zukunft Europas. Den Auftakt für den politischen Reflexionsprozess zur „Zukunft Europa“ stellten das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU-27 in Bratislava im Herbst 2016, das Weißbuch der Europäischen Kommission und die vom Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, vorgelegte „Agenda der EU-Führungsspitzen“ dar. Am 9. Mai 2019 soll dieser Prozess bei einem Treffen der EU-Führungsspitzen in der rumänischen Stadt Sibiu abgeschlossen werden – für eine EU, die sich für die Themen einsetzt, die für die Menschen wichtig sind.

Die Bürgerkonsultationen gehen auf eine Initiative des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron im Herbst 2017 zurück. Österreich hat im Jänner 2018 zugesagt, die von 27 Mitgliedstaaten (EU-28 außer Vereinigtes Königreich) gemeinsam getragene Initiative zu unterstützen. Als Grundlage für die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und Richtschnur für ein einheitliches Vorgehen dient der „Gemeinsame Rahmen“ zur „EU Citizens' Consultations Initiative“, der im April von den beteiligten Mitgliedstaaten beschlossen wurde. Österreich hat sich bei der Durchführung der Bürgerkonsultationen an den Vorgaben dieses Rahmens orientiert.

Ziel der europaweiten Bürgerkonsultationen ist die Involvierung einer möglichst großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern durch einen Mix aus traditionellen Debatten, digitaler Konsultation und partizipativen Prozessen, um Bedenken, Hoffnungen und Erwartungen der Menschen zur Zukunft Europas zu identifizieren. Für Österreich fiel die Initiative zeitlich mit dem EU-Ratsvorsitz zusammen, woraus sich besondere Synergieeffekte ergaben.

Der Startschuss für die Bürgerkonsultationen in Österreich erfolgte am 15. Juni 2018 beim Europa-Forum Wachau mit Bundeskanzler Sebastian Kurz, Bundesminister Gernot Blümel und Bundesministerin Karin Kneissl. Abgeschlossen wurde der Prozess mit einer finalen Diskussionsveranstaltung unter Teilnahme von Bundeskanzler Sebastian Kurz am Rande der von Österreich als amtierendem Ratsvorsitz veranstalteten Subsidiaritätskonferenz am 15. November 2018 in Bregenz. Dazwischen fanden partizipative Veranstaltungen in unterschiedlichen Formaten statt, bei denen Bürgerinnen und Bürger mit politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten über die Zukunft Europas diskutierten. Zusätzlich wurden Vorschläge und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger per Fragebogen erhoben. Der Konsultationsprozess wurde laufend durch eine Reihe von Online-Aktivitäten begleitet.

Die Ergebnisse der nationalen und europaweiten Berichte zu den Bürgerkonsultationen sollen beim Europäischen Rat im Dezember 2018 in die Debatten der Staats- und Regierungschefs einfließen und dabei unterstützen, bis zum EU-Gipfel in Sibiu prioritäre Handlungsfelder für die nächsten Jahre zu identifizieren.



Bundeskanzler Sebastian Kurz beim Europa-Forum Wachau (Foto: BKA/Dragan Tatic)

Die österreichische Bundesregierung dankt allen beteiligten Personen, Organisationen, Initiativen und Einrichtungen für ihr geschätztes Engagement. Dank gilt zudem den Kooperationspartnern – dem Ausschuss der Regionen, der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, dem Europahaus Klagenfurt, Europe Direct Steiermark und der Aktion Europaschirm der Stabsabteilung EU-Koordination in der Wirtschaftskammer Österreich – sowie den zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern für ihre aktive Teilnahme und wertvollen Beiträge im Rahmen des Konsultationsprozesses, ob online oder im Rahmen von Veranstaltungen und Dialogen.

1. Ergebnisse im Überblick

Die Ergebnisse des Konsultationsprozesses zur Zukunft Europas mit Bürgerinnen und Bürgern in Österreich basieren auf einer vom Bundeskanzleramt durchgeführten Befragung sowie den Diskussionsbeiträgen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der unterschiedlichen Konsultationsveranstaltungen im Zeitraum 15. Juni bis 15. November 2018.

Befragung: Um zusätzlich zu den Veranstaltungen und persönlichen Gesprächen eine weitere Möglichkeit der Beteiligung zu bieten, konnten im selben Zeitraum darüber hinaus auch online bzw. per Fragebogen Vorschläge und Diskussionsbeiträge der Bürgerinnen und Bürger eingebracht werden. Rund 4.000 Personen haben sich auf diesem Wege eingebracht. Die Ergebnisse weisen daher eine relativ geringe statistische Aussagekraft auf. Entlang vier offen gestellter Fragen konnte angegeben werden, (1) in welchen Bereichen mehr bzw. (2) weniger Engagement der EU von den Teilnehmenden erwartet wird, (3) welche Themen ihnen Sorgen bereiten und (4) welche Gesetzesinitiativen sie gerne auf EU-Ebene einbringen würden. Die Antworten wurden für die Auswertung in unterschiedliche Kategorien zusammengefasst, die sich an den Kapiteln des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) orientieren.

Die Ergebnisse der Befragung zeichnen folgendes Bild: Mehr EU-Engagement wird insbesondere in den Bereichen Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit (28% der Antworten), Umwelt (11% der Antworten) und „sonstigen“ Bereichen wie Datenschutz, Lobbyismuskontrolle und Transparenz (9% der Antworten) gewünscht.

Weniger Engagement der EU wünschen sich die Teilnehmenden der Befragung in „sonstigen“ Bereichen wie bei der Regulierung von Detailfragen oder Eingriffen in nationale Angelegenheiten (44% der Antworten), Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit (13% der Antworten) sowie Landwirtschaft und Fischerei (9% der Antworten).

Bei der Frage nach jenen Bereichen, die den befragten Bürgerinnen und Bürgern Sorge bereiten und in denen sie sich mehr Unterstützung seitens der EU wünschen, wird am häufigsten der Bereich Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit (27% der Antworten) genannt. Danach folgt die Nennung von „sonstigen“ Bereichen wie der Sorge um die Renationalisierung der Mitgliedstaaten und Brexit (26% der Antworten) und Umwelt (11% der Antworten).

Die Möglichkeit einer Gesetzesinitiative würden die Bürgerinnen und Bürger insbesondere in den Bereichen Asylwesen/Migration (16%), Institutionelle Bestimmungen (12%) und Sozialpolitik (8%) ergreifen.

Konsultationsveranstaltungen: Die Migrations- und Asylpolitik wurde auch im Rahmen der Veranstaltungen vielfach thematisiert. Dies erfolgte häufig verknüpft mit einem Fokus auf Grenzsicherung, das Thema wurde jedoch auch im Konnex

mit Klimaschutz, Entwicklungshilfe und der Rolle der EU in Afrika und im Mittleren Osten angesprochen.

Neben dem Migrations-/Asylthema wurde auch intensiv zu einer Vielzahl anderer Themen diskutiert, darunter Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion, Jugend und Bildung, die EU-Außenpolitik (einschließlich der Europäischen Nachbarschaftspolitik und Erweiterung), eine gemeinsame Verteidigungspolitik, Sozialpolitik und Landwirtschaftspolitik.

Detaillierte Diskussionen zu spezifischen Themenfeldern gab es im Rahmen von sektoralen Veranstaltungen, etwa zu den Themen EU-Außenpolitik, Handelspolitik, Jugend und Geschlechtergerechtigkeit. Auch Demokratie und Bürgerbeteiligung sowie Unzufriedenheit mit der bzw. Verbesserungsmöglichkeiten für die Kommunikation und Vermittlung europäischer Politik wurden im Rahmen der Veranstaltungen ausführlich debattiert.

Die große thematische Bandbreite trug zu einer lebhaften und vielschichtigen Debatte über die Zukunft Europas bei und zeigte eindrucksvoll das große Interesse der teilnehmenden Menschen am Friedensprojekt Europa und an dessen aktiver Mitgestaltung.

2. Zeitablauf und Formate der Bürgerkonsultationen

Die österreichischen Bürgerkonsultationen starteten am 15. Juni 2018 am Rande des Europa-Forums Wachau und fanden am 15. November bei einer Bürgerkonsultation am Rande der Subsidiaritätskonferenz in Bregenz ihren Abschluss. Das Ziel der Bürgerkonsultationen war die Involvierung einer möglichst großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern in die Debatte über die Zukunft Europas durch einen Mix aus traditionellen Debatten, digitaler Konsultation und partizipativen Prozessen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden verschiedene Formate für den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern gewählt:

- **Online Aktivitäten:** Am 15. Juni ging auf der Webseite des Bundeskanzleramts ein eigener Bereich zu den Bürgerkonsultationen online. Hier konnten sich die Bürgerinnen und Bürger über den Konsultationsprozess in Österreich informieren (www.bka.gv.at/buergerkonsultationen). Auf der Homepage waren bzw. sind u.a. eine Videobotschaft von Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien, Gernot Blümel, mit einem Aufruf zur Teilnahme, ein Fragebogen, weitere Kontaktmöglichkeiten und Berichte über ausgewählte Veranstaltungen zu finden. Verschiedene Aktivitäten im Social Media Bereich ergänzten den Mix an Formaten zur Bürgerbeteiligung an der Debatte zur Zukunft der EU.
- **Fragebogen:** Seitens des Bundeskanzleramtes wurde ein Fragebogen entworfen. Der Fragebogen wurde sowohl in ausgedruckter Form als auch online zur Verfügung gestellt und beworben. Mit diesem Fragebogen konnten die Bürgerinnen und Bürger ihre Vorstellungen, Sorgen und Wünsche zur Zukunft der EU mitteilen – rund 4.000 Personen sich auf diesem Wege eingebracht. Die Ergebnisse weisen daher eine relativ geringe statistische Aussagekraft auf.
- **Diskussionsveranstaltungen:** Zur Debatte um die Zukunft der EU konnten sich Bürgerinnen und Bürger auch im Rahmen der zahlreichen Veranstaltungen im Zeitraum Mitte Juni bis Mitte November einbringen, beispielsweise beim Europa-Forum Wachau, der Österreichisch-Französischen Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union, Diskussionsveranstaltungen mit Mitgliedern der Bundesregierung im Haus der Europäischen Union in Wien, zahlreichen Veranstaltungen des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR), Veranstaltungen des Europahauses Kärnten, zwei Events am Rande des informellen Umweltrats, einer Abschlussveranstaltung am Rande der Subsidiaritätskonferenz sowie im Rahmen diverser anderer Foren und Konferenzen. Im Zuge des Konsultationsprozesses erfolgte zudem eine Einladung an die Europa-Gemeinderäte¹, sich mit eigenen Veranstaltungen am Prozess zu beteiligen.
- **E-Mail-Postfach:** Um einen niederschweligen Zugang zur Debatte zu ermöglichen, wurde neben dem online Fragebogen auch ein E-Mail-Postfach einge-

¹ Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“, siehe www.bundeskanzleramt.gv.at/europagemeinderaeete.

richtet, an welches Fragen zu den Bürgerkonsultationen gerichtet werden konnten und das die Möglichkeit bot, eigene Vorstellungen zur Zukunft der EU einzubringen.

Dieser Mix an verschiedenen Formaten machte die Bürgerkonsultationen für ein breites Publikum zugänglich und gestaltete den Zugang für Bürgerinnen und Bürger äußerst niederschwellig.

Neben den jeweiligen nationalen Berichten zu den Bürgerkonsultationen soll ein gemeinsamer europäischer, kompakter Endbericht vorgelegt werden. Dieser wird Ende November 2018 von einem Team, bestehend aus dem österreichischen sowie dem künftigen rumänischen Ratsvorsitz unter Einbeziehung des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Union und der Einbindung der beteiligten Mitgliedstaaten, erstellt.

Abbildung 1 Zeitachse zum Prozess der Bürgerkonsultationen



2.1. Methodologie der Online Befragung

Der Fragebogen des Bundeskanzleramts zur Zukunft Europas konnte von 15. Juni 2018 bis 5. November 2018 im Rahmen einer Online-Befragung sowie in ausgedruckter Form ausgefüllt werden. Hier hatten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Wünsche, Sorgen und Vorstellungen zur Zukunft der EU bekanntzugeben. Der Fragebogen umfasste die folgenden Fragen:

- In welchen Bereichen sollte es **mehr** Engagement der Europäischen Union geben?
- In welchen Bereichen sollte es **weniger** Engagement der Europäischen Union geben?
- Gibt es Bereiche, die Ihnen Sorgen bereiten und in denen Sie sich mehr Unterstützung seitens der Europäischen Union wünschen?
- Wenn Sie Gesetzesinitiativen auf EU-Ebene einbringen könnten, was fänden Sie wichtig?

Um möglichst wenige Vorgaben zu machen und den Zugang niederschwellig zu gestalten, konnten die Fragen offen beantwortet werden. Die Antworten wurden für die Auswertung in thematische Bereiche kategorisiert, die sich an den Kapiteln des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) orientieren. Ebenso wurden einige individuelle Charakteristika der Befragten erhoben.

An der Online-Befragung nahmen 4.092² Bürgerinnen und Bürger teil. 70 Prozent der Befragten sind männlich, während 28 Prozent der Befragten weiblich sind.³ Etwa 22% der Befragten sind zwischen 51 und 60 Jahre alt, weitere 18% sind zwischen 41 und 50 Jahre alt und jeweils 17% fallen in die beiden Altersgruppen von 21 bis 30 Jahre und 31 bis 40 Jahre. Exakt die Hälfte der Befragten gibt als höchsten abgeschlossenen Bildungsgrad „Hochschule“ an, während über ein Viertel der Befragten hier „höhere Schule“ nennt. 91 Prozent der Befragten geben bei der Frage nach der zugehörigen Nationalität „Österreich“ an. Rund ein Drittel der österreichischen Befragten gibt an, aus Wien zu kommen. Weitere 17 Prozent geben Niederösterreich als Bundesland ihrer Herkunft an, während jeweils ca. 10 Prozent die Steiermark, Oberösterreich und Tirol nennen.

2.2. Verarbeitung der Veranstaltungsergebnisse

Neben der Online-Erhebung fand im Rahmen des Konsultationsprozesses eine Reihe öffentlicher Veranstaltungen statt. Diese umfassten sowohl von Mitgliedern der Bundesregierung veranstaltete Konsultationen als auch Aktivitäten anderer Organisationen und Akteure.

² Das stellt einen Anteil von ca. 0,045% der Österreichischen Bevölkerung dar.

³ 2% der Befragten gaben zu ihrem Geschlecht keine Information an.

Insgesamt wurden 13 Veranstaltungen sowie eine 11-teilige Veranstaltungsreihe in Kärnten als Bestandteil des österreichischen Konsultationsprozesses in den vorliegenden Bericht aufgenommen. Kriterium für die Aufnahme war die Übermittlung eines standardisierten Feedbackbogens seitens der Veranstalter an das Bundeskanzleramt mit Informationen zu Eckdaten und Diskussionsinhalten der jeweiligen Veranstaltungen.⁴

Der EU-weite Konsultationsprozess wird damit in Österreich durch inhaltliche Beiträge seitens interessierter Initiativen und Organisationen ergänzt. Dies umfasst auch eine Reihe niederschwelliger Dialogformate (beispielsweise Informationsstände für Direktgespräche mit Passantinnen und Passanten), wodurch auch die Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern mit geringerer politischer Partizipationserfahrung begünstigt wurde.

An zahlreichen Diskussionsformaten nahmen Mitglieder der österreichischen Bundesregierung, Vertreter der EU-Institutionen und/oder politische Repräsentanten aus anderen EU-Mitgliedstaaten teil.

Tabelle 1 gibt einen Überblick all jener Veranstaltungen im Rahmen des österreichischen Konsultationsprozesses, deren Ergebnisse in diesen Bericht eingeflossen sind.

Tabelle 1: Überblick über die Veranstaltungen im Rahmen der Bürgerkonsultationen

Datum	Kurztitel	Bundesland
15.6.	Europawerkstatt: Bürgerinnen und Bürger gestalten Europa (Arbeitskreis 1, Europa-Forum Wachau)	NÖ
21.6.	Zukunft der Europäischen Union (Konferenz mit Publikumsdiskussionen)	Wien
2.7. bis 13.7.	Europa-Café Tour mit insgesamt 11 Infoständen	Kärnten
16.7.	Bürgerdialog "How to strengthen the competitiveness of European companies?"	Tirol
28.8.	Moderiertes Gespräch mit Bundeskanzler Sebastian Kurz beim Europäischen Forum Alpbach mit anschließenden Publikumsfragen	Tirol

⁴ Stichtag für die Annahme von Feedbackbögen war der 7.11. (eine Ausnahme stellte der Bürgerdialog zur Zukunft der EU am Rande der Subsidiaritätskonferenz in Bregenz dar, der erst am 15.11. stattfand).

Datum	Kurztitel	Bundesland
28.8.	Europa-Frühstück mit Stipendiaten beim Europäischen Forum Alpbach	Tirol
3.9.	EU-Bürgerdialog mit Jugendlichen zur Zukunft Europas	Wien
2.10.	Bürgerdialog zur Zukunft Europas	Salzburg
4.10.	EU-Bürgerdialog / Reden wir über Handel	Tirol
11. bis 12.10.	Gender Equality and YOU!	Wien
27. bis 28.10.	Graz bewegt Europa – Europa bewegt Graz	Steiermark
29.10.	NGO-Frühstück	Steiermark
6.11.	Europa – so nah und doch so fern?	Vorarlberg
15.11.	Bürgerdialog zur Zukunft der EU im Vorfeld der Subsidiaritätskonferenz	Vorarlberg

Die Veranstaltungen weisen eine große Bandbreite hinsichtlich des Formats, Teilnehmerkreises und der thematischen Ausrichtung auf, bedingt durch den bewusst inklusiv gewählten Zugang.

In der großen Mehrzahl der Bundesländer konnten Dialogveranstaltungen durchgeführt werden, wodurch eine regionale Ausgewogenheit im Konsultationsprozess gewährleistet ist. Auch die von der Bundesregierung (mit-) veranstalteten Konsultationsformate wurden gezielt in unterschiedlichen Bundesländern bzw. Regionen abgehalten.

Neben thematisch offenen Dialogformaten fanden auch sektorale Veranstaltungen mit thematischer Fokussierung (z.B. Jugend, Handel) statt. Die Zahl der Teilnehmenden variierte je nach Veranstaltungsformat zwischen 25 und mehreren Hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern pro Veranstaltung.

3. Häufigste Themen bei den Bürgerkonsultationen

3.1. Ergebnisse auf Grundlage der Online Befragung

Die Ergebnisse der Online Befragung erlauben Einblicke in die Themen, welche die Befragten beschäftigen. Betrachtet man die Antworten auf die Frage, in welchen Bereichen sich die Befragten mehr bzw. weniger Engagement der Europäischen Union wünschen, zeigt sich folgendes Bild.

Bei der Frage nach jenen Bereichen, in denen es mehr Engagement der Europäischen Union geben sollte, wird am häufigsten der Bereich Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit (28% der Antworten) genannt.⁵ Mehr Engagement seitens der EU wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger ebenso in den Bereichen Umwelt (11%), und „sonstigen“ Bereichen wie Datenschutz, Lobbyismuskontrolle oder Transparenz (9%).

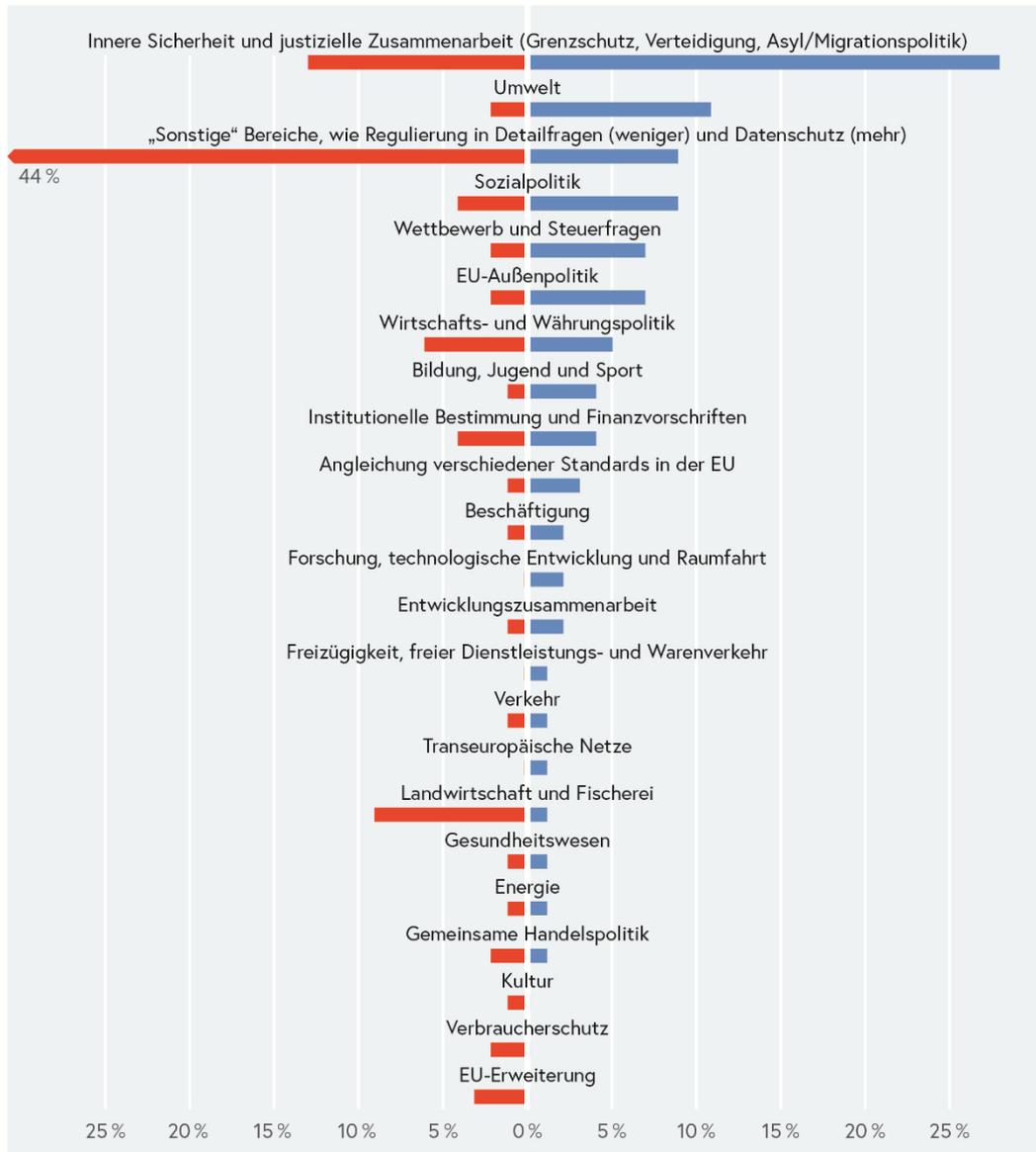
Betrachtet man die Frage nach jenen Bereichen, in denen es weniger Engagement der Europäischen Union geben sollte, werden am häufigsten „sonstige“ Bereiche wie die Regulierung in Detailfragen oder Eingriffe in nationale Angelegenheiten (44%), Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit (13%) und Landwirtschaft und Fischerei (9%) genannt.

Um tiefere Einblicke in die Ergebnisse zu erhalten, wird im Folgenden ein spezieller Fokus auf die jeweils drei am häufigsten genannten Bereiche gelegt. Dabei werden die Ergebnisse zum jeweils am häufigsten genannten Bereich mithilfe einer Grafik genauer veranschaulicht, während die nachfolgenden TOP 2 - 3 Bereiche aufgrund einer beispielhaften Analyse genauer betrachtet werden.

⁵ Bei den Prozentangaben in den folgenden Textinterpretationen handelt es sich um Angaben in Prozent jener Bereiche, denen die Antworten der Befragten aufgrund einer systematischen Kategorisierung zugeordnet werden konnten (siehe auch Abschnitt „Methodologie der Online Befragung“).

Abbildung 2 Angaben in Prozent der gegebenen Antworten der Befragten

Bereiche, in denen **Weniger** und **Mehr** Engagement der EU erwünscht ist:



3.1.1. Analyse der TOP 3 Kategorien auf die Frage: In welchen Bereichen sollte es MEHR Engagement der Europäischen Union geben?

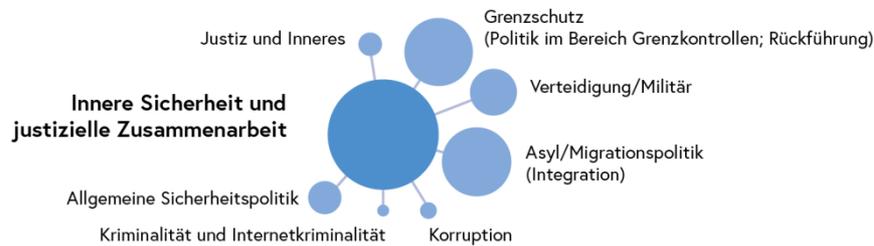
Die häufigsten TOP 3 Kategorien als Antwort auf die Frage „In welchen Bereichen sollte es MEHR Engagement der Europäischen Union geben?“ waren Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit (28%), Umwelt (11%) und „sonstigen“ Bereichen wie Datenschutz, Lobbyismuskontrolle oder Transparenz (9%).

Betrachtet man die Antworten jener Befragten genauer, die angeben, sich mehr Engagement der EU im Bereich **Innere Sicherheit und justizielle Zusammenar-**

beit (28%) zu wünschen (TOP 1), so zeigt sich, dass jeweils rund ein Drittel der Antworten in die Themenkomplexe Grenzkontrollen/Rückführung sowie Asyl/Migrationspolitik/Integration fallen. 16% der Antworten beim Wunsch nach mehr EU-Engagement fallen in den Bereich Verteidigung und Militär. Weitere 8% betreffen den Bereich der allgemeinen Sicherheitspolitik, wie der Bekämpfung von Terrorismus, justizieller und polizeilicher Zusammenarbeit oder den Bereich Rechtsextremismus.

Abbildung 3 Häufigkeit der genannten Bereiche innerhalb der TOP 1 Kategorie „Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit“

In welchen Bereichen sollte es **Mehr** Engagement der Europäischen Union geben?



Auf die Frage „In welchen Bereichen sollte es MEHR Engagement der Europäischen Union geben?“ werden am zweithäufigsten Antworten (11%) im Bereich **Umwelt** gegeben. Besonders häufig fordern Befragten generell mehr Engagement beim Schutz der Umwelt und im Kampf gegen den Klimawandel. Einige Bürgerinnen und Bürger schlagen auch konkrete Maßnahmen wie die Vermeidung von Plastikmüll vor. Auch auf dem Gebiet des Tierschutzes wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger einen stärkeren Einsatz der EU.

Häufig beziehen sich die Antworten auf die Kategorie „**sonstige**“ Bereiche (9%), wobei Sachthemen wie Datenschutz und Lobbyismuskontrolle, aber auch generelle Wünsche, die die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten betreffen, genannt werden. Vielfach beziehen sich die Antworten auf eine stärkere und geeinte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten und mehr Solidarität. Die Befragten sprechen sich deutlich für mehr Transparenz, Bürgernähe und mehr Information über den Sinn und Zweck der EU aus. Oft übereinstimmend ist auch der Wunsch nach mehr Engagement beim Schutz der Demokratie, bei Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie bei der Stärkung der Wahrnehmung der EU als Friedensprojekt.

3.1.2. Analyse der TOP 3 Kategorien auf die Frage: In welchen Bereichen sollte es WENIGER Engagement der Europäischen Union geben?

Die häufigsten TOP 3 Kategorien als Antwort auf die Frage „In welchen Bereichen sollte es WENIGER Engagement der Europäischen Union geben?“ sind „sonstige“ Bereiche, wie Regulierung in Detailfragen oder Eingriffe in nationale Angelegenheiten (44%), Inneren Sicherheit und justiziellen Zusammenarbeit (13%) und Landwirtschaft und Fischerei (9%).

Am häufigsten werden **„sonstige“ Bereiche, wie Regulierung in Detailfragen oder Eingriffe in nationale Angelegenheiten** (44%) genannt. Hier wünschen 43% der Bürgerinnen und Bürger weniger Engagement in Bezug auf die Regulierung von Detailfrage, 21% der Antworten gehen in die Richtung „keine Eingriffe in nationale Angelegenheiten“.

Betrachtet man die Frage „In welchen Bereichen sollte es WENIGER Engagement der Europäischen Union geben?“ wird mit 13% am zweithäufigsten der Bereich der **Inneren Sicherheit und justiziellen Zusammenarbeit** angegeben. Fast die Hälfte der Antworten zu diesem Themenkomplex bezieht sich auf die Asyl- und Migrationspolitik der EU, wobei die Bürgerinnen und Bürgern aus konträren Perspektiven auf das Thema blicken. Einige fordern eine Stärkung der Souveränität der Mitgliedsstaaten in diesem Bereich, andere äußern den Wunsch nach mehr Hilfe und Unterstützung für notleidende Personen. Die zweite Hälfte der Antworten verteilt sich auf den Wunsch nach weniger Engagement der EU im Bereich Militär und Verteidigung.

Abbildung 4 Häufigkeit der genannten Bereiche innerhalb der TOP 1 Kategorie „sonstige“ Bereiche, wie Regulierung in Detailfragen oder Eingriffe in nationale Angelegenheiten

In welchen Bereichen sollte es **Weniger** Engagement der Europäischen Union geben?



Am dritthäufigsten fielen die Antworten in den Bereich der Kategorie **Landwirtschaft und Fischerei** (9%), wobei die Antworten fast ausschließlich Aspekte der Landwirtschaft betreffen. Auffallend häufig werden die Agrarsubventionen kritisiert, allerdings wird die Kritik zum Teil auf Großbetriebe eingeschränkt. Einige Bürgerinnen und Bürger wünschen sich zudem weniger Engagement beim Einsatz von

Pestiziden und Gentechnik in der Landwirtschaft sowie weniger Regelungen im Bereich der Lebensmittel.

3.2. Ergebnisse auf Grundlage der Veranstaltungen

In den Dialog- und Diskussionsveranstaltungen wird von den Bürgerinnen und Bürgern ein breites Themenspektrum angesprochen. Die Beiträge aus sektoralen Veranstaltungen zu einem bestimmten Themenbereich (z.B. Außenpolitik, Handel, Jugend, Geschlechtergerechtigkeit) sind in Folge meist auch stärker fokussiert, d. h. die Themenpalette ist hier weitaus kleiner, gleichzeitig kommen unterschiedlichere Facetten und Perspektiven auf das jeweilige Thema zum Ausdruck.

Auch im Rahmen der zahlreichen Dialogveranstaltungen wird die Migrations- und Asylpolitik seitens der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger häufig vorgebracht. Oft erfolgt dies verknüpft mit einem Fokus auf Grenzsicherung, das Thema wird jedoch auch im Konnex mit Klimaschutz, Entwicklungshilfe und der Rolle der EU in Afrika und im Mittleren Osten angesprochen.

Migrations- und Asylpolitik zählen nicht nur zu den am häufigsten genannten Themen, sie werden auch höchst kontrovers und mit unterschiedlichen Zielvorstellungen versehen diskutiert: Während bei einem großen Teil der Teilnehmenden die Sicherung der (Außen-)Grenzen, die Begrenzung der Migration und Rückführung in Herkunftsländer im Fokus stehen, sprechen sich manche gegen eine „Abschottung“ Europas und für eine humanitäre Behandlung von Asylsuchenden aus. Bei vielen Veranstaltungen herrscht Konsens dahingehend, dass es in diesem Bereich keine einfachen Lösungen gebe. Vielfach werden auch allgemein vermehrte gemeinsame Anstrengungen auf europäischer Ebene in diesem Politikfeld verlangt.

Neben dem Migrations-/Asylthema wird auch eine Reihe anderer Themen aufgebracht, darunter Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion, Handelspolitik, Jugend und Bildung, die EU-Außenpolitik (einschließlich der Europäischen Nachbarschaftspolitik und Erweiterung), eine gemeinsame Verteidigungspolitik, Sozialpolitik, Landwirtschaftspolitik etc.

Diese Themen werden von einigen Teilnehmenden aus teils unterschiedlicher Perspektive angesprochen. Bei manchen gibt es zudem dezidierte Forderungen nach mehr Europa. Letzteres trifft, neben der Migrations- und Asylpolitik, auch auf Forderungen nach einem sozialen und solidarischen Europa, hinsichtlich der Wirtschafts- und Währungsunion, Jugend und Bildung, Gleichstellungspolitik sowie Klima- und Umweltschutz zu.

Während insbesondere bei Jugend und Bildung und zumeist auch bei Klima- und Umweltschutz primär übereinstimmende Wortmeldungen überwiegen, wird die Agrarpolitik weit kontroverser diskutiert. Dies inkludiert teils divergierende Zielvorstellungen und Problemdefinitionen, etwa bezüglich der Biolandwirtschaft.

Viel Konsens gibt es dagegen bei der positiven Bewertung der Reisefreiheit und offener Grenzen innerhalb der EU sowie der Notwendigkeit zur Förderung junger Menschen u.a. über Mobilitätsprogramme.

Mehrfach angesprochen wird auch der Themenkomplex Demokratie in Europa, wobei hier sowohl auf den Aspekt der Bürgerbeteiligung (konkret die Ausweitung direktdemokratischer Elemente) als auch die Situation in Mitgliedstaaten mit Blick auf die EU als Werte-, Rechts- und Solidargemeinschaft Bezug genommen wird. Wiederkehrende Themen sind zudem Unzufriedenheit mit der bzw. Verbesserungsmöglichkeiten für die Kommunikation und Vermittlung europäischer Politik. In diesem Kontext wird auch die Wahrnehmung und Akzeptanz der EU seitens der Bevölkerung thematisiert und Besorgnis über Euroskeptizismus geäußert.

Forderungen nach weniger Europa beziehen sich nur sehr vereinzelt auf konkrete Politikbereiche (etwa im Bereich Atomenergie oder hinsichtlich einer gemeinsamen Armee), vielfach wird von Teilnehmenden jedoch die allgemeine Ansicht vertreten, die EU solle weniger Details regeln und regionale Besonderheiten sollten bewahrt werden. Auch Fragen der Subsidiarität, der Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten sowie das Verhältnis zwischen Stadt und Land werden in diesem Kontext mehrfach genannt.

Weitere Themen, etwa Datenschutz und institutionelle Fragen, werden ebenfalls angesprochen, wenn auch nur vereinzelt.

4. Häufigste Sorgen der Bürgerinnen und Bürger

Auch über jene Bereiche, die den Befragten Sorge bereiten, geben die Ergebnisse der Online-Befragung Auskunft. Bei der Beantwortung der Frage nach den Bereichen, die den Befragten Sorge bereiten und in denen sie sich mehr Unterstützung seitens der EU wünschen würden, fallen 27% der Antworten in den Bereich Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit. Weiteren 26% der Antworten fallen in „sonstige“ Bereiche wie der Sorge über Renationalisierung oder den Brexit. 11% der Antworten fallen in den Bereich der Umweltpolitik.

4.1. Analyse der TOP 3 Kategorien auf die Frage: Gibt es Bereiche, die Ihnen Sorgen bereiten und in denen Sie sich mehr Unterstützung seitens der Europäischen Union wünschen?

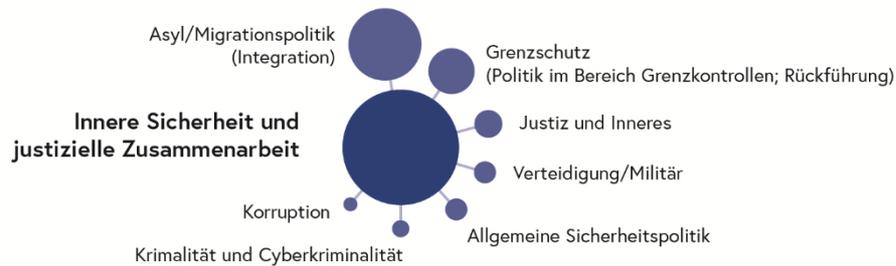
Die häufigsten TOP 3 Kategorien als Antwort auf die Frage „Gibt es Bereiche, die Ihnen Sorgen bereiten und in denen Sie sich mehr Unterstützung seitens der Europäischen Union wünschen?“ sind Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit (27%), „sonstige“ Bereiche wie der Sorge über Renationalisierung oder den Brexit (26%) und Umwelt (11%).

Mit 27% am öftesten genannt wird der Bereich der **Inneren Sicherheit und justiziellen Zusammenarbeit**, wobei die Hälfte der Antworten in den Bereich Asyl/Migration (Integration) fallen sowie beispielsweise in die Bereiche Grenzschutz und Justiz und Inneres.

Betrachtet man die Frage „Gibt es Bereiche, die Ihnen Sorgen bereiten und in denen Sie sich mehr Unterstützung seitens der Europäischen Union wünschen?“ zeigt sich, dass die Antworten am zweithäufigsten in die Kategorie der **„sonstige“ Bereiche wie der Sorge über Renationalisierung oder den Brexit** (26%) einzuordnen sind. Circa ein Drittel der in dieser Kategorie zusammengefassten Antworten, betreffen die Sorgen über eine Renationalisierung der Mitgliedstaaten. Auch der Brexit und ein möglicher Zerfall der EU bereitet den Bürgerinnen und Bürgern Unbehagen. Andere wiederum sorgen sich über eine Destabilisierung der Demokratie und fordern von der EU eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte.

Abbildung 5 Häufigkeit der genannten Bereiche innerhalb der TOP 1 Kategorie „Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit“

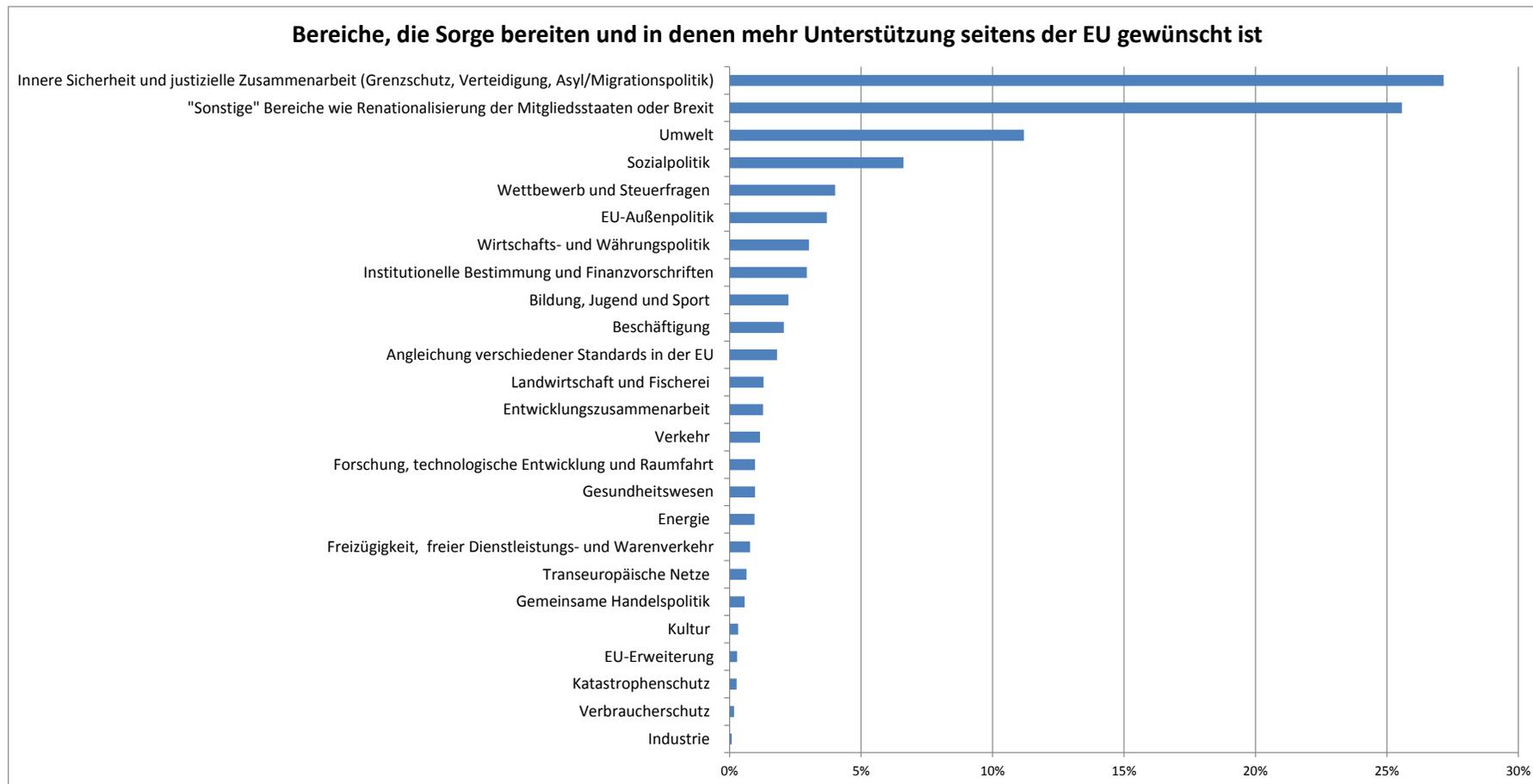
Gibt es Bereiche, die Ihnen Sorgen bereiten und in denen Sie sich mehr Unterstützung seitens der Europäischen Union wünschen?



Betrachtet man die Sorgen im **Umweltbereich** (11%) genauer, so zeigt sich, dass neben den häufig geäußerten generellen Forderungen nach mehr Engagement im Umwelt- und Klimaschutz, auch konkrete Maßnahmen vorgeschlagen werden. So wünschen sich einige die Förderung von erneuerbarer Energien und dem öffentlichen Verkehr.

Durch die Bereitstellung eines E-Mail-Postfachs konnten Bürgerinnen und Bürger niederschwellig mittels E-Mail Ihre Vorstellungen, Wünsche und Sorgen zur Zukunft der EU mitteilen. Während der Großteil der online-Beteiligung per Fragebogen erfolgte, erreichten das E-Mail-Postfach sehr unterschiedliche Einsendungen, von einer dreizeiligen Nachricht bis zu mehrseitigen Konzepten. Es gab Anmerkungen zu verschiedensten Themenbereichen, vom Klimawandel, über Bildung, Migration, Steuersystem oder auch zum laufenden EU-Ratsvorsitz.

Abbildung 6 Angaben in Prozent der gegebenen Antworten der Befragten



5. Innovative Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger

Die Antworten auf die Frage „Wenn Sie Gesetzesinitiativen auf EU-Ebene einbringen könnten, was fänden Sie wichtig?“ geben Aufschluss über Vorschläge der Befragten. Da die Antworten zu möglichen Gesetzesinitiativen besonders detailliert und spezifisch waren, unterscheiden sie sich stark zu den Antworten auf die anderen Fragen. Aus diesem Grund war es zielführender die Antworten in eigene, thematisch kleinere, Bereiche zu unterteilen, um somit aussagekräftigere Ergebnisse zu erhalten. Dieser Analyseschritt wurde auf Grundlage einer Zufallsstichprobe von 500 Antworten durchgeführt.

Die meisten Vorschläge zu einer speziellen Gesetzesinitiative werden von den Bürgerinnen und Bürgern in den Bereichen Asylwesen/Migration (16% der Antworten), Institutionelle Bestimmungen (12% der Antworten) sowie Sozialpolitik und Steuerwesen (beide 8% der Antworten) genannt.

5.1. Analyse der TOP 3 Kategorien auf die Frage: Wenn Sie Gesetzesinitiativen auf EU-Ebene einbringen könnten, was fänden Sie wichtig?

Die häufigsten TOP 3 Kategorien der Zufallsstichprobe als Antwort auf die Frage „Wenn Sie Gesetzesinitiativen auf EU-Ebene einbringen könnten, was fänden Sie wichtig?“ sind Asylwesen/Migration (16%), Institutionelle Bestimmungen (12%) und Sozialpolitik(8%).⁶

Die Ideen zum Thema **Asylwesen/Migration**, die von 16% der Befragten aufgeworfen wurden, befassen sich zu einem Großteil mit der inhaltlichen Ausgestaltung einer einheitlichen Asyl- und Migrationspolitik für die EU.

Die am zweithäufigsten genannten Vorschläge zu Gesetzesinitiativen betreffen den Bereich der **Institutionelle Bestimmungen** (12%). Vorgeschlagen wird zum Beispiel eine schnellere Entscheidungsfindung innerhalb der EU. Manche fordern eine Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip, andere eine Stärkung des Europäischen Parlaments.

8% der Befragten spreche sich für Gesetzesinitiativen im Bereich der **Sozialpolitik** aus.

⁶ Die Zufallsstichprobe wurde unter Verwendung einer Zufallszahl generiert.

Abbildung 7 Häufigkeit der genannten Bereiche innerhalb der TOP 1 Kategorie „Asylwesen/Migration“

Wenn Sie Gesetzesinitiativen auf EU-Ebene einbringen könnten, was fänden Sie wichtig?

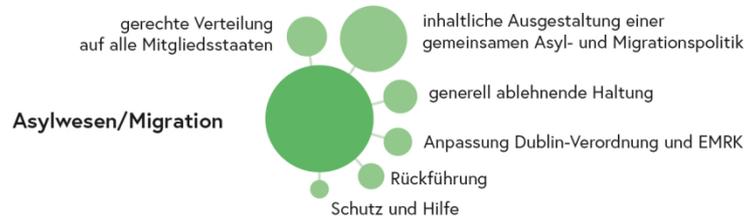
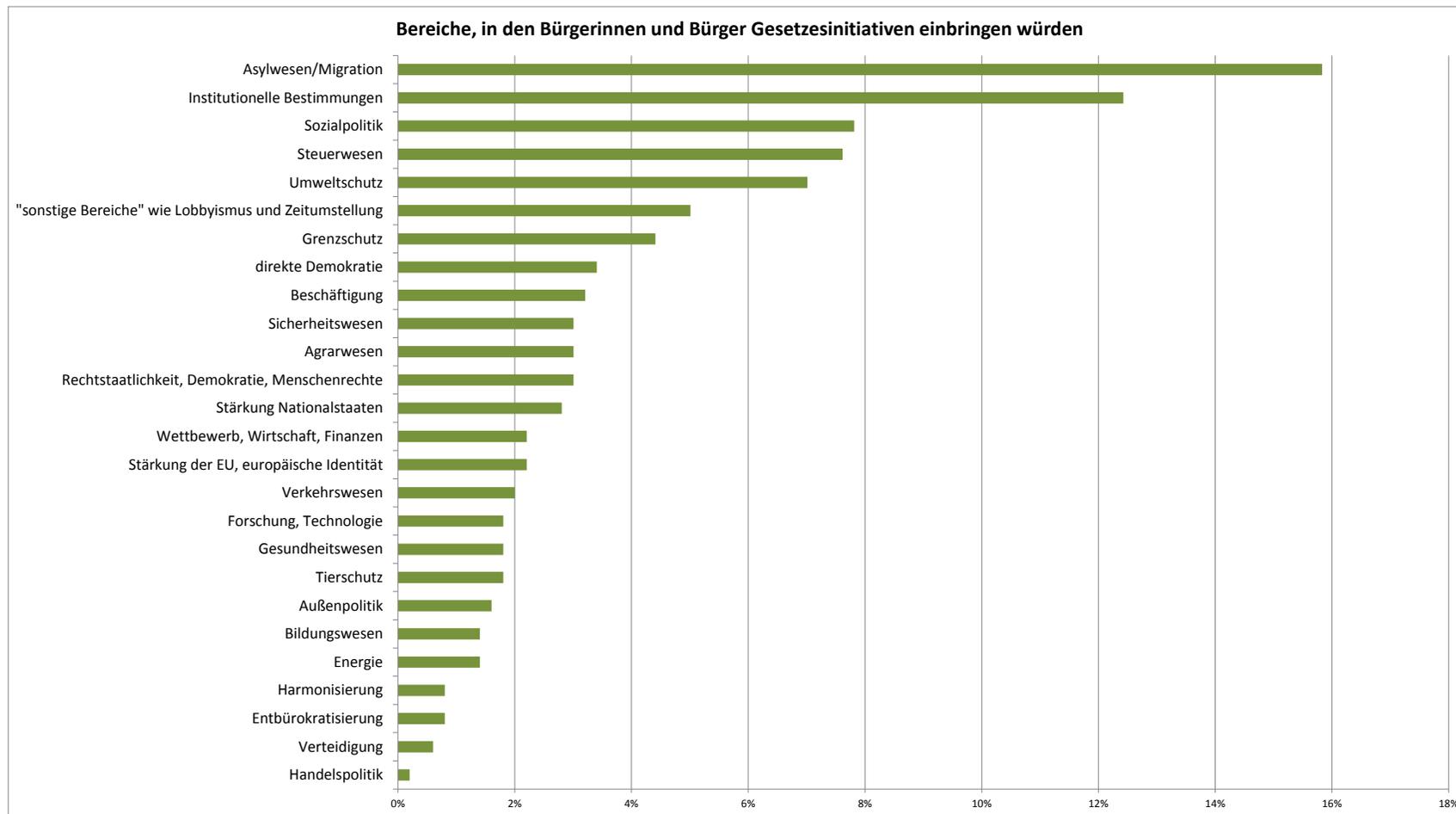


Abbildung 8 Angaben in Prozent der gegebenen Antworten der Befragten



6. Aktivitäten im Kontext des Konsultationsprozesses

Im Rahmen des österreichischen Konsultationsprozesses waren eine Reihe unterschiedlicher Akteure daran beteiligt, die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in vielfältigen Formaten und mit spannenden inhaltlichen Diskussionen zu ermöglichen. Neben der Bundesregierung, der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich und dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich fungierten auch andere Organisationen und Einrichtungen als Organisatoren diverser Veranstaltungen.

Rund um den eigentlichen Konsultationsprozess gab es zudem eine Reihe weiterer Veranstaltungen, teils im Rahmen bereits bestehender Formate, bei denen Bürgerinnen und Bürger ihre Vorstellungen zur Zukunft Europas einbringen konnten und damit zu einer lebendigen österreichischen Debatte beigetragen haben.



Perspektiven auf Europa von Teilnehmenden des Europa-Forums Wachau

Dies entspricht den Vorgaben des „Gemeinsamen Rahmens“⁷, auf den sich die teilnehmenden Mitgliedstaaten im Vorfeld verständigt haben und der dezidiert den Mehrwert eines flexiblen Ansatzes und das Ziel der Synergien mit bestehenden Initiativen hervorhebt. Neben den in den Abschnitten I bis V dargelegten inhaltli-

⁷ „Joint framework on citizens' consultations“ (23.4.2018).

chen Ergebnissen soll hier abschließend ein Querschnitt der zahlreichen Aktivitäten Einblick in die Vielfalt des Konsultationsprozesses bieten.

Aktive Rolle der österreichischen Bundesregierung

Der Konsultationsprozess wurde von Beginn an durch das aktive Engagement der Bundesregierung getragen. Mitglieder der Bundesregierung nahmen an zahlreichen Konsultationen sowie an zugehörigen Rahmenveranstaltungen teil.

Am Europa-Forum Wachau (15.-16.6.), im Rahmen dessen der Startschuss der österreichischen Bürgerkonsultationen erfolgte, nahmen der Bundeskanzler, der Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien und die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres teil.

An den Konsultationen im Rahmen der ganztägigen Konferenz zur Zukunft der EU in den Räumlichkeiten der Österreichischen Nationalbank (21.6.) nahmen seitens der Bundesregierung der Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien und die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres teil.



Bundesminister Gernot Blümel bei der Konferenz zur Zukunft der EU in der Österreichischen Nationalbank (Foto: BKA/Andy Wenzel)

Am Europäischen Forum Alpbach, am Rande dessen zwei Konsultationen durchgeführt wurden, nahmen der Bundeskanzler, die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres und die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus teil.

An der 14. Konferenz Europäischer Städte und Regionen in Salzburg (30.9.-2.10.), in deren Anschluss auch ein Bürgerdialog stattfand, nahmen die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend, die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, die Staatssekretärin im Bundesministerium für Inneres sowie weitere hochrangige Vertreter seitens der Bundesregierung teil.

An den von der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich durchgeführten EU-Bürgerdialogen nahmen die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend (3.9.) und die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (4.10.) teil.

Synergieeffekte konnten auch durch die zeitliche Überlappung mit der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft genutzt werden, wodurch rund um den Zeitraum des Konsultationsprozesses eine hohe Veranstaltungsdichte im Diskussionsformat mit Teilnahme durch Regierungsmitglieder gegeben war. So konnten etwa am Rande des Umweltministerrates Konsultationen mit der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus (27.-29.10.) durchgeführt werden. Teil des Konsultationsprozesses war auch die vom Bundeskanzleramt gemeinsam mit der Bundesjugendvertretung und dem Europäischen Jugendforum organisierte Konferenz „Gender Equality and YOU“ (11.-12.10.), die von der Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend eröffnet wurde. Am finalen Bürgerdialog zur Zukunft der EU in Bregenz (15.11.) nahm der Bundeskanzler teil.

Regierungsmitglieder nahmen zudem an zahlreichen Veranstaltungen anderer Organisationen und Initiativen teil, die im thematischen Konnex zur Debatte um die Zukunft der EU stattfanden. Exemplarisch sei hier die seit 2014 bestehende Gesprächsreihe „Europa: Dialog“ im Haus der EU in Wien genannt, an der im Zeitraum Mai bis Juli 2018 acht Bundesminister bzw. Bundesministerinnen teilnahmen⁸ und die vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres sowie dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung unterstützt wird.

Aktivitäten der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission führte europaweit eine standardisierte Online-Konsultation (Fragebogen) durch, in deren Rahmen Bürgerinnen und Bürger ihre Vorstellungen zur Zukunft der EU einbringen konnten. An der Online-Konsultation der Europäischen Kommission haben mit Stand 9. November rund 65.000 Personen teilgenommen, davon 1.017 aus Österreich. Die Europäische Kommission wird im Vorfeld des Europäischen Rates am 13./14. Dezember 2018 einen Zwischenbericht zu den Ergebnissen veröffentlichen.

⁸ Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß (15.5.), Vizekanzler Bundesminister Heinz-Christian Strache (29.5.), Bundesminister Hartwig Löger (14.6.), Bundesminister Norbert Hofer (18.6.), Bundesminister Heinz Faßmann (26.6.), Bundesministerin Karin Kneissl (2.7.), Bundesministerin Margarete Schramböck (3.7.), Bundesminister Josef Moser (16.7.).

Unter dem Titel „Bürgerdialoge“ veranstaltete die Europäische Kommission zudem europaweit Diskussionsveranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern zur Zukunft der EU – so auch in Österreich. Diese wurden von der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich in Kooperation mit verschiedenen Partnern, darunter das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich, veranstaltet.



Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß beim Bürgerdialog mit EU-Kommissar Tibor Navracsics im Haus der EU in Wien (Foto: Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich/APA-Fotoservice/Godany)

Neben den oben genannten EU-Bürgerdialogen mit der Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend und der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, fanden im Zeitraum September bis November eine Reihe weiterer EU-Bürgerdialoge in Form moderierter Publikumsgespräche an verschiedenen Orten Österreichs statt. Daran nahmen jeweils hochrangige Podiumsgäste teil, u.a. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian (4.10.), Kommissar Johannes Hahn und Schriftsteller Robert Menasse (1.10.), Kommissarin Mariya Gabriel (25.9.), oder auch der Vizepräsident der Europäischen Kommission Jyrki Katainen (7.9.), um nur einige zu nennen. Die Dialoge konnten mittels Livestream über soziale Medien verfolgt werden, Bürgerinnen und Bürger konnten auch online mitdiskutieren (#EUdialogue und #FutureOfEurope).

Bürgerkonsultationen des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR)

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) startete bereits 2016 seine Initiative „Nachdenken über Europa“ mit zahlreichen Veranstaltungen und einer Online-Befragung.⁹ Im Rahmen dieser Initiative führte der AdR auch in Österreich Bürgerdialoge durch. An den Veranstaltungen in unterschiedlichen Formaten nahmen im Zeitraum des österreichischen Bürgerkonsultationsprozesses Mitglieder des AdR und andere Podiumsgäste sowie Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen (u.a. Schulklassen und Studierendengruppen, Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Industrie, Religion, Sport, Bildung sowie Kunst und Kultur) teil.

Neben den im vorliegenden Bericht berücksichtigten Konsultationen fanden in Österreich weitere Veranstaltungen statt, darunter jene mit Kommissarin Bienkowska, LHStv Josef Geisler und AdR-Mitglied Bürgermeister Hanspeter Wagner in Innsbruck mit Vertretern der Tiroler Wirtschaft und Industrie (16.6.), mit AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz und dem Europabüro Tirol in Innsbruck (14.9.), mit Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf im Gynnasium der Herz-Jesu Missionare in Salzburg (2.10.), mit AdR-Mitglied Landeshauptmann Markus Wallner in Bregenz (6.11.), mit den AdR-Mitgliedern Präsident Karl-Heinz Lambertz, Landtagspräsident Harald Sonderegger im Landhaus Vorarlberg in Bregenz (15.11.).

Weitere Veranstaltungen im November und Dezember: u.a. am 20.11. im RG 18 (Gymnasiumstraße) in Wien, am 22.11. an der Universität Innsbruck, ein Europa-Dialog zur Rolle christlicher Werte in der EU am 30. November im Benediktinerstift St. Paul im Lavanttal in Kärnten, am 3.12. im Oeversee-gymnaisum in Graz, am 10. Dezember im Stift Klosterneuburg, am 13. Dezember im Gymnasium Borromäum in Salzburg und am 14. Dezember im Gymnasium der Ursulinen in Salzburg. Weitere Dialoge sind derzeit für Ende 2018 bzw. Anfang 2019 in Nenzing, Lilienfeld, Stams, dem Bezirk Liesing in Wien sowie in Linz in Planung. Weitere Veranstaltungen werden in Österreich von AdR-Mitgliedern über ihre Gemeinde- und Landesorganisationen durchgeführt.

⁹ Der Bericht zu dieser AdR-Initiative ist auf der Website des AdR abrufbar.

7. Anhang

Kurzzusammenfassung ausgewählter Veranstaltungen¹⁰:

15. Juni, NÖ:

Als Programmpunkt des Europa-Forums Wachau fand am 15. Juni im Rahmen der Arbeitskreise des Forums auch eine Bürgerkonsultation unter dem Motto „Europa-werkstatt – Bürgerinnen und Bürger gestalten Europa“ statt.¹¹ Die Diskussion mit rund 50 Teilnehmenden wurde in Form eines so genannten Weltcafés strukturiert, unterstützt durch teilnehmende Expertinnen und Experten.

Gemeinsames Verständnis der Teilnehmenden war, ein Europa von Morgen müsse sich mit dem Verhältnis Stadt–Land befassen, sich mit globalen Themen auseinandersetzen und Menschen begegnen, statt Mauern zu errichten. Zudem wurde der Wunsch nach einem Mehr an Europa in sozialen Fragen und bei Mobilität (Erasmus und Austauschprogramme generell) geäußert. Auch ein neuer EU-Vertrag mit überarbeiteten Kompetenzen wurde angeregt.

Zentrale Themen in den Diskussionen waren auch Fragen der verstärkten Bürgerbeteiligung (konkret: mehr Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger bei Entscheidungen auf EU-Ebene), Verbesserungsbedarf bei Transparenz und Kommunikation sowie Unzufriedenheit mit der Medienberichterstattung über die EU/EU-Politiken.

21. Juni, Wien:

Am 21. Juni fand in den Räumlichkeiten der Österreichischen Nationalbank in Wien eine ganztägige Konferenz mit dem Titel „Zukunft der Europäischen Union“ statt, an der etwa 180 Personen teilnahmen.¹² Bei den drei aufeinanderfolgenden thematisch strukturierten Publikumsdiskussionen standen u. a. Europaminister Gernot Blümel, Außenministerin Karin Kneissl sowie die französische Europaministerin Nathalie Loiseau für eine Diskussion mit den teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger zu Verfügung.

Bei der ersten Publikumsdiskussion unter dem Motto „Besser schützen – Sicherheit und Migration“ wurden der Außengrenzschutz, die Verteilung und Integration von Flüchtlingen in der EU, Resettlement-Programme, Fluchtursachen, die Kapazitäten von Frontex und das EU-Engagement in Afrika thematisiert. Weitgehenden Kon-

¹⁰ Basierend auf den Angaben des jeweiligen Veranstalters laut übermitteltem Fragebogen.

¹¹ Veranstaltet vom Europa-Forum Wachau, mit Unterstützung des Bundeskanzleramtes und des Landes Niederösterreich.

¹² Veranstalter: Österreichisch-Französisches Zentrum für Annäherung in Europa (ÖFZ), Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères (FR), Bundeskanzleramt Österreich, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), „Quelle est votre Europe ? - Je participe“, Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Österreichische Nationalbank (OeNB) und Europäische Kommission.

sens gab es bei der Einschätzung, dass es in der Migrationsthematik keine einfach gestrickte Lösung gebe. Dissens zeigte sich in der Frage des Umgangs mit Flüchtlingen, die sich bereits in der EU befinden. Mehr Europa wurde im Bereich des Grenzschutzes eingefordert.



Bundesminister Gernot Blümel mit der französischen Ministerin für europäische Angelegenheiten Nathalie Loiseau bei der Konferenz zur Zukunft der EU in Wien (Foto: BKA/Andy Wenzel)

Die zweite Publikumsdiskussion widmete sich den Themen „Verteidigung, Erweiterung, EU-Außenpolitik“. Hier wurden – mit teils unterschiedlicher Perspektive seitens der Bürgerinnen und Bürger – die Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans und die Einflussnahme anderer Staaten in der Region, Fragen der Verteidigungsunion und einer europäischen Armee, die Abstimmungsmodalitäten (Einstimmigkeit versus qualifizierte Mehrheit) sowie die Sanktionen gegen Russland angesprochen.

Die dritte und letzte Publikumsdiskussion befasste sich mit Fragen der „Wettbewerbsfähigkeit, Solidarität und Subsidiarität“, darunter die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die Wettbewerbsfähigkeit Europas, die Bedeutung digitaler Netze sowie Fragen hinsichtlich des so genannten Gold Plating (nationale Übererfüllung von EU-Mindeststandards). Thematisiert wurden zudem die soziale Säule der EU sowie Lohndivergenzen zwischen den Mitgliedstaaten.

2. bis 13. Juli, Kärnten:

Zwischen 2. und 13. Juli konnten Bürgerinnen und Bürger bei insgesamt 11 Informationsständen an verschiedenen Orten in Kärnten ihre Anliegen und Meinungen

zur Zukunft Europas einbringen.¹³ Die Informationsstände waren Teil der „Europa-Café Tour“, die von Europe Direct Kärnten veranstaltet wurde. Je nach Standort und Termin beteiligten sich zwischen 40 und mehreren Hundert Passantinnen und Passanten in individuellen Gesprächen an der Konsultation.

Am häufigsten angesprochen wurden die Asyl- und Migrationspolitik, oft auch in Zusammenhang mit (Außen-)Grenzschutz. Auch die Reisefreiheit und offene (Binnen-) Grenzen wurden von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern thematisiert, wobei in Bezug auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit mitunter auch negative Auswirkungen genannt wurden (Brain-Drain, Billigarbeitskräfte). Häufig genannt wurden auch Jugend und Jugendförderung sowie die Agrarpolitik.¹⁴

16. Juli, Tirol:

Unter dem Titel „How to strengthen the competitiveness of European companies?“ diskutierten rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 16. Juli in Innsbruck im Anschluss an einen Vortrag von Kommissarin Elżbieta Bieńkowska über die Zukunft Europas.

Bei der Diskussion wurde ein breites Spektrum an Themen angesprochen, darunter die Handelspolitik (Verhandlungen über Handelsabkommen mit den USA, China, Japan etc.), Binnenmarkt, Überregulierung, Migration und Fachkräftemangel, Verteidigungspolitik, Umwelt- und Klimaschutz, Sicherheit und Außengrenzschutz, effektive Hilfe für Afrika sowie Demokratie in Europa.

Mehr Europa wurde von den Teilnehmenden in den Bereichen Handelspolitik, Klimaschutz, Außenpolitik und Entwicklungshilfe sowie bei den Beziehungen zu den USA, Russland, China und weiteren Staaten gefordert. Der Wunsch nach weniger Europa wurde in Bezug auf Regelungen im Binnenmarkt (Überregulierung) angesprochen. Als konkrete Initiative wurde ein Marshallplan für Afrika genannt, der vor Ort helfen und nicht nur Europa nützen solle.

28. August, Tirol:

Im Rahmen der politischen Gespräche des Europäischen Forums Alpbach fand am 18. August ein moderiertes Gespräch mit Bundeskanzler Sebastian Kurz zur Zukunft der EU und den Prioritäten des österreichischen Ratsvorsitzes statt. Im Anschluss an den Vortrag des Bundeskanzlers konnte sich das rund 700 Personen

¹³ 2.7. Klagenfurt (Wienergasse); 3.7. Klagenfurt (Landhaushof); 4.7. Völkermarkt, St. Kanzian, Klopein; 5.7. Krumpendorf, Pörtschach; 6.7. Klopeiner See, St. Kanzian; 7.7. Velden (Strandpark); 9.7. Klagenfurt (Strandbad); 10. Und 11.7. Klagenfurt (Alter Platz); 12.7. Klagenfurt (Europahaus, World Bodypainting Festival); 13.7. Villach.

¹⁴ Die Zusammenfassung bezieht sich auf die übermittelten Feedbackbögen. Auf der Website von EDIC wurden die Veranstaltungen folgendermaßen dargestellt „Am häufigsten angesprochen wurden die Flüchtlings- und Migrationspolitik, die solidarische Aufteilung von Fördermitteln, die Einzahlung in EU-Töpfe sowie die Regionalförderprogramme und Landwirtschaftsthemen.“, siehe <http://www.europainfo.at/home/aktuelles/424>

umfassende Publikum mit Fragen an den Bundeskanzler in die Debatte zur Zukunft der EU einbringen.

Die von den Bürgerinnen und Bürgern dabei angesprochenen Themen umfassten den Westbalkan und die EU-Außenpolitik, Visionen für mehr (direkte) Demokratie in Europa, die Frage einer Zieldefinition Europas, Brexit sowie die Themen Nachhaltigkeit, Migration, Wissenschaft und Technologie.



Bundeskanzler Sebastian Kurz im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern beim Europäischen Forum Alpbach (Foto: BKA/Dragen Tatic)

Ebenfalls im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach fand am 28. August ein vom Bundeskanzleramt veranstaltetes „Europa-Frühstück“ mit rund 25 Teilnehmenden statt. Im Format eines Kaminesgesprächs diskutierte die Gruppe (Stipendiatinnen und Stipendiaten des Forums Alpbach aus allen Bundesländern) über Kommunikation, Wahrnehmung und Akzeptanz der EU, über die gemeinsame europäische Außenpolitik, die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, Subsidiarität und Fragen des Gold Plating. Auch die politische Krise der EU, Demokratisierung und Identität wurden ebenso angesprochen, wie die Einbindung der regionalen bzw. lokalen Ebene.

Konsens gab es in der Einschätzung, wonach es bessere Kommunikation und Arbeit an den Zielen der EU brauche. Kontrovers diskutiert wurde die Frage, welches Szenario des Weißbuchs der Europäischen Kommission weiterverfolgt werden solle und ob bei „großen“ Themen eine Abkehr von der Einstimmigkeit erfolgen solle.

In der Diskussion wurden auch konkrete Sorgen geäußert und Anknüpfungspunkte für Veränderungen vorgebracht. Die EU müsse entgegen aktueller Entwicklungen aus Sicht der Teilnehmenden wieder eine Rechtsgemeinschaft werden. Sorge gab es auch hinsichtlich einer Dominanz der Gleichgültigkeit sowie vorherrschender nationaler Interessen. Eine Herausforderung stelle sich zudem durch Wahrnehmungs- und Vermittlungsprobleme („die in Brüssel“), wodurch Frustration genährt würde. Als ganz konkrete Initiative zur Abhilfe wurde die Etablierung eines paneuropäischen Zeitungsprojektes angeregt.

3. September, Wien:

Am 3. September fand im Haus der EU in Wien ein Bürgerdialog mit Jugendlichen zur Zukunft Europas mit Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß und EU-Kommissar Tibor Navracsics statt, das von der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich und dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich veranstaltet wurde.

In einem moderierten Publikumsgespräch diskutierten rund 160 Jugendliche über die Zukunft Europas.

Neben einem Fokus auf Bildung und Jugend (insbesondere Erasmus und Interrail) wurden auch Fragen der Bürgerbeteiligung (und hier insbesondere der Jugend) sowie EU-Werte und Solidarität angesprochen.

Konsens zeigte sich in der Einschätzung, dass die Vorteile und Werte der EU allen in Erinnerung gerufen und erklärt werden müssten. Sorge wurde bezüglich Euroskeptizismus und allfälliger Social-Media-Manipulationen bei den bevorstehenden Europawahlen artikuliert.

Von den Teilnehmenden vorgebrachte Vorschläge umfassten den Ausbau von Erasmus (auch über Studentenmobilität hinausgehend), die Berücksichtigung von Bildungs- und Sozialkomponenten bei künftigen Interrail-Initiativen und die Harmonisierung der Sekundärbildung nach Vorbild des Bologna-Prozesses.

2. Oktober, Salzburg:

Am 2. Oktober fand im Anschluss an die 14. Konferenz Europäischer Regionen und Städte ein „Bürgerdialog zur Zukunft Europas“ in Salzburg statt, der vom Europäischen Ausschuss der Regionen organisiert wurde und an dem rund 180 Personen teilnahmen.

Thematisiert wurden u.a. Fragen der Wohlstandssicherung, die Migrationspolitik in Zusammenhang mit Klimaschutz und Entwicklungshilfe, Verteidigungspolitik und Neutralität sowie die Datenschutzgrundverordnung.

Konsens gab es in der Beurteilung der EU als Friedensmacht und in Fragen der Handels- und Außenpolitik. Deutlich kontroverser wurde über die Verteidigungspolitik und Waffenlieferungen sowie die Migrationspolitik diskutiert.

In den Bereichen Klimaschutz, Entwicklungspolitik, und Stärkung der Demokratie wurde mehr Europa eingefordert. Hierbei drückten mehrere Teilnehmende auch ihre Sorge über gegenwärtige Entwicklungen aus, zum Beispiel betreffend den Schutz der Demokratie und des Rechtsstaates sowie den Kampf gegen Korruption.

Einzelne Stimmen für weniger Europa gab es zum Beispiel mit Blick auf den Aufbau einer gemeinsamen Armee.

4. Oktober, Tirol:

Am 4. Oktober fand in Innsbruck ein EU-Bürgerdialog unter dem Titel „Reden wir über Handel“, u.a. mit Bundesministerin Margarete Schramböck und EU-Kommissarin Cecilia Malmström, statt. Der Dialog wurde von der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich und Europe Direct Tirol veranstaltet.

Rund 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten in einem moderierten Publikumsgespräch EU-Zukunftsfragen mit einem thematischen Fokus auf Handel. Aufgeworfen wurden u.a. Fragen der Transparenz in Verhandlungen über Handelsabkommen, Unterstützung für KMU, die Beziehungen EU-Afrika und Widersprüche zu Freihandel (genannt wurde hier Geoblocking). Zudem wurde der Wunsch nach einer Stärkung von Umweltschutz, Sozialstandards und Nachhaltigkeit (in den Abkommen und in der Implementierung) mehrfach hervorgehoben.

Abseits der Handelspolitik wurde auch die Situation in einigen Mitgliedstaaten in Hinblick auf EU-Werte und die Frage des Umgangs mit Minderheiten angesprochen.

11. bis 12. Oktober, Wien:

Im Rahmen der zweitägigen europäischen Konferenz "Gender Equality and YOU. Young voices. Joint Initiative" diskutierten rund 250 Teilnehmende aus ganz Europa Zukunftsvorstellungen im Bereich Geschlechtergerechtigkeit. An der vom Bundeskanzleramt gemeinsam mit der Österreichischen Bundesjugendvertretung und dem European Youth Forum veranstalteten Konferenz nahmen u.a. Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß und Ministerinnen aus EU-Mitgliedstaaten teil. Die Vorbereitung der Konferenz erfolgte unter Einbindung junger Menschen in einer Reihe von im Vorfeld durchgeführten Workshops.

Diskutiert wurde über die Zukunft und Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit in der Europäischen Union allgemein sowie konkret am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft, im Bereich (Aus-)Bildung, in der Politik und den Medien sowie in Beziehung und Sexualität. Auch die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und Machtstrukturen wurde thematisiert. In all diesen Bereichen wünschten sich die Teilnehmenden verstärktes europäisches Engagement, konkret bei der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Besorgnis wurde dahingehend artikuliert, dass dieser Themenbereich derzeit keine Priorität der EU sei, gleichzeitig aber vielfach Herausforderungen weiter beständen bzw. neu hinzukämen.

27. bis 28. Oktober, Steiermark:

Unter dem Titel „Graz bewegt Europa – Europa bewegt Graz“ fand von 27. bis 28. Oktober am Grazer Hauptplatz ein zweitägiger Bürgerevent mit etwa 12 Ständen und rund 600 Besucherinnen und Besuchern statt (veranstaltet vom Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus und dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie). Neben der Verleihung der Auszeichnungen im Rahmen der Klimaschutz-Mitmachinitiative „Klimaaktiv mobil“ durch Bundesministerin Elisabeth Köstinger diskutierten Bürgerinnen und Bürger über saubere Mobilität (mit Fokus auf E-Mobilität), aktiven Klimaschutz durch Taten der Bürger, Nachhaltigkeit und Umwelt sowie Innovation und Technologie.



Bundesministerin Elisabeth Köstinger im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern beim Bürgerevent am Grazer Hauptplatz (Foto: BMNT/Paul Gruber)

Besorgnis wurde hinsichtlich Klimaschutz und sauberer Mobilität ausgedrückt, wobei Einigkeit herrschte in der Einschätzung, dass für effektiven Klimaschutz mehr Anstrengungen von allen erforderlich sei.

29. Oktober, Steiermark:

Fragen des Klima- und Umweltschutzes wurden unter der Teilnahme von Bundesministerin Elisabeth Köstinger und Kommissar Miguel Arias Cañete im Rahmen eines Frühstücks mit NGO-Vertretern in Graz diskutiert. Die Veranstaltung mit rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde vom Ökosozialen Forum Österreich organisiert.

Dabei wurden die Themen Klimawandel, Verbote versus Anreize für Umwelt- und Klimaschutz, eine ökosoziale Steuerreform, Preiserhöhung von Flugreisen und der

CO2-Preis angesprochen. Konsens herrschte unter den Teilnehmenden bezüglich der Notwendigkeit für systemische Transformation und in der Bewertung, das Klima sei nur eine von vielen Herausforderungen im Umweltkontext. Einig waren sich die Teilnehmenden zudem darin, dass Politik und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen müssten. Uneinigkeit herrschte in der Frage, wie der systemische Wandel vollzogen werden solle. Konkret gefordert wurde zudem ein 8. Umweltaktionsprogramm nach Art. 192(3) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

6. November, Vorarlberg:

Bei einem Bürgerdialog in Bregenz, organisiert von der Plattform #vorarlbergerInnen, diskutierten rund 40 Teilnehmende mit Landeshauptmann und AdR-Mitglied Markus Wallner zum Thema „Europa – so nah und doch so fern?“.

Thematisiert wurden die Aufgaben der EU (Kernaufgaben versus „Verzettelung“), Bürgerbeteiligung und Kommunikationswege, die Rolle Vorarlbergs in der EU und der Brexit als derzeitige Krise der EU. Einig waren sich die Teilnehmenden im Wunsch nach mehr direkter Demokratie und der Einschätzung, die EU solle sich auf Kernaufgaben konzentrieren. Die friedensstiftende Funktion der EU sei hoch, jedoch nicht unumkehrbar. Unterschiedliche Perspektiven gab es etwa in der Frage, ob mehr direkte Demokratie zu besseren Entscheidungen führe. Gefordert wurden zudem eine stärkere Rolle für den AdR sowie neutrale Anlaufstellen mit sachlichen Informationen zu Pros und Kontras im Zuge von Kampagnen (Beispiel Brexit).

Die Teilnehmenden wünschten eine Förderung regionaltypischer Besonderheiten anstelle vereinheitlichter Standards und äußerten Besorgnis über die Stärke von Lobbyisten in der EU sowie fehlende Mitspracherechte für die Bevölkerung.

15. November, Vorarlberg:

Am 15. und 16. November fand in Bregenz im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft die Subsidiaritätskonferenz statt. Im Vorfeld der Konferenz luden Landtagspräsident Harald Sonderegger gemeinsam mit Karl-Heinz Lambertz, dem Präsidenten des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) und André Rupprechter, Sonderberater für die EU-Ratspräsidentschaft in Wien, zu einem Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft der EU ein, an dem auch Bundeskanzler Sebastian Kurz und Landeshauptmann Wallner teilnahmen. Damit fanden die österreichischen Bürgerkonsultationen ihren vorläufigen Abschluss.

Anhand eines im Saal durchgeführten E-Votings wurde festgestellt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in höherem Maße mit ihrer eigenen Region identifizieren als mit der Europäischen Union. Darüber hinaus ergab die Abstimmung, dass eine große Anzahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen einen größeren Einfluß für die EU wünscht, nur eine Minderheit empfand den Einfluß der EU als derzeit zu groß. Vielfach wurde ein stärkerer Einfluß für die Regionen gefordert.

Rund die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gab an, sich ausreichend über die EU informiert zu fühlen, ca. 40% sahen hier Verbesserungsbedarf. Als primäre Informationsquelle wurde das Internet angegeben. Hinsichtlich der Frage, ob in der EU ausreichende Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger bestehen, wurde dies überwiegend zwar bejaht, dennoch gab es auch hierzu zahlreiche kritische Stimmen.

In der Diskussion wurden neben innenpolitischen Fragen zu Asylrecht u.a. Fragen der Demokratie innerhalb der EU angesprochen, insbesondere die Notwendigkeit von realistischen Instrumenten zur Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger, wobei auch die Erfahrungen von anderen Mitgliedstaaten berücksichtigt werden sollten.

Zudem wurde der Zusammenhang von Handelsverträgen und ihre Auswirkungen auf Entwicklungsmöglichkeiten auf dem afrikanischen Kontinent thematisiert. Auch die außenpolitischen Aktivitäten der EU wurden angesprochen.

Als zentral für die Stärkung von Demokratie und Bürgernähe wurde mehr Information für die Bürgerinnen und Bürger hervorgehoben.

Tabellen zu den Abbildungen

Tabelle zu Abbildung 1: Prozess der Bürgerkonsultation

Jänner 2018:	Zusage Österreichs zur Teilnahme an den Bürgerkonsultationen
25. April 2018:	Die 27 Mitgliedstaaten einigen sich auf ein gemeinsames Rahmenkonzept
15. Juni 2018:	Startschuss beim Europaforum Wachau mit Bundeskanzler Sebastian Kurz, Bundesminister Gernot Blümel und Bundesministerin Karin Kneissl Website des Bundeskanzleramt zu Bürgerkonsultationen geht online + Online Fragebogen startet
21. Juni 2018:	Österreichisch-Französische Konferenz in Wien zur Zukunft der Europäischen Union
4. August 2018:	Videobotschaft von Bundesminister Gernot Blümel
28. August 2018:	Bundeskanzler Sebastian Kurz beim Europäischen Forum Alpbach im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern
3. September 2018:	Bürgerdialog mit Jugendlichen in Wien zur Zukunft Europas mit Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß und Kommissar Tibor Navracsics
2. Oktober 2018:	Bürgerdialog in Salzburg zur Zukunft Europas
4. Oktober 2018:	Bürgerdialog „Reden wir über Handel“ in Innsbruck mit Bundesministerin Margarete Schramböck und Kommissarin Cecilia Malmström
27. bis 28. Oktober:	Bürgerevent in Graz mit Bundesministerin Elisabeth Köstinger
15. November:	Abschluss bei Subsidiaritätskonferenz in Bregenz mit Bundeskanzler Sebastian Kurz
2. Novemberhälfte 2018:	Österreich legt den nationalen Bericht vor
Ende November / Anfang Dezember 2018:	Ein gemeinsamer EU-weiter Bericht wird erstellt
13. bis 14. Dezember 2018:	Ergebnisse sollen beim Europäischen Rat in die Debatte der Staats- und Regierungschefs einfließen
1. Jänner 2019:	Rumänien übernimmt EU-Ratsvorsitz
9. Mai 2019:	Beim EU-Gipfel in Sibiu sollen prioritäre Handlungsfelder für die nächsten Jahre identifiziert werden

Tabelle zu Abbildung 2: In welchen Bereichen sollte es WENIGER / MEHR Engagement der Europäischen Union geben?¹⁵

Kategorien	Weniger	Mehr
Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit (Grenzschutz, Verteidigung, Asyl/Migrationspolitik)	13%	28%
Umwelt	2%	11%
"sonstige" Bereiche wie Regulierung in Detailfragen, Nationalismus, Allgem. Rechtsstaatlichkeit	44%	9%
Sozialpolitik	4%	9%
Wettbewerb und Steuerfragen	2%	7%
EU-Außenpolitik	2%	7%
Wirtschafts- und Währungspolitik	6%	5%
Bildung, Jugend und Sport	1%	4%
Institutionelle Bestimmung und Finanzvorschriften	4%	4%
Angleichung verschiedener Standards in der EU	1%	3%
Beschäftigung	1%	2%
Forschung, technologische Entwicklung und Raumfahrt	0%	2%
Entwicklungszusammenarbeit	1%	2%
Verkehr	1%	1%
Freizügigkeit, freier Dienstleistungs- und Warenverkehr	0%	1%
Transeuropäische Netze	0%	1%
Landwirtschaft und Fischerei	9%	1%
Gesundheitswesen	1%	1%
Energie	1%	1%
Gemeinsame Handelspolitik	2%	1%
Kultur	1%	0%
Verbraucherschutz	2%	0%
EU-Erweiterung	3%	0%
Katastrophenschutz	0%	0%
Industrie	0%	0%
Tourismus	0%	0%

Tabelle zu Abbildung 3: Relative Häufigkeiten innerhalb der Kategorie „Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit“

Kategorie	Rel. Häufigkeit
Asyl/Migrationspolitik (Integration)	35%
Grenzschutz (Politik im Bereich Grenzkontrollen; Rückführung)	34%
Verteidigung/Militär	16%
Allgemeine Sicherheitspolitik	8%
Justiz und Inneres	4%
Korruption	2%
Kriminalität und Internetkriminalität	1%

¹⁵ Die Reihenfolge der Spalteneinträge in dieser und den folgenden Tabellen gibt die Häufigkeit der Nennungen einzelner Kategorien (hier für „Mehr“) wider.

Tabelle zu Abbildung 4: Relative Häufigkeiten innerhalb der Kategorie „sonstige“ Bereiche wie der Regulierung in Detailfragen oder Eingriffen in nationale Gesetze

Kategorie	Rel. Häufigkeit
Regulierung in Detailfragen (Bürokratie)	43%
kein Eingriff in nationale Gesetze	21%
Sonstiges	16%
Regionalität	5%
Förderungen	4%
Datenschutz	3%
Lobbyismus	3%
Einsparung in der Verwaltung	2%
Wasserwirtschaft/Raumordnung/Baurecht	2%
Waffenexport/kriegerische Einmischung	1%

Tabelle zu Abbildung 5: Relative Häufigkeiten innerhalb der Kategorie „Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit“

Kategorie	Rel. Häufigkeit
Asyl/Migrationspolitik (Integration)	55%
Grenzschutz (Politik im Bereich Grenzkontrollen; Rückführung)	22%
Justiz und Inneres	8%
Verteidigung/Militär	5%
Allgemeine Sicherheitspolitik	5%
Kriminalität und Cyberkriminalität	3%
Korruption	2%

Tabelle zu Abbildung 6: Bereiche, die Sorge bereiten

Kategorie	Rel. Häufigkeit
Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit (Grenzschutz, Verteidigung, Asyl/Migrationspolitik)	27%
"Sonstige" Bereiche wie Renationalisierung der Mitgliedsstaaten oder Brexit	26%
Umwelt	11%
Sozialpolitik	7%
Wettbewerb und Steuerfragen	4%
EU-Außenpolitik	4%
Wirtschafts- und Währungspolitik	3%
Institutionelle Bestimmung und Finanzvorschriften	3%
Bildung, Jugend und Sport	2%
Beschäftigung	2%
Angleichung verschiedener Standards in der EU	2%
Landwirtschaft und Fischerei	1%
Entwicklungszusammenarbeit	1%

Kategorie	Rel. Häufigkeit
Verkehr	1%
Gesundheitswesen	1%
Forschung, technologische Entwicklung und Raumfahrt	1%
Energie	1%
Freizügigkeit, freier Dienstleistungs- und Warenverkehr	1%
Transeuropäische Netze	1%
Gemeinsame Handelspolitik	1%
Kultur	0%
EU-Erweiterung	0%
Katastrophenschutz	0%
Verbraucherschutz	0%
Industrie	0%
Tourismus	0%

Tabelle zu Abbildung 7: Relative Häufigkeiten innerhalb der Kategorie „Asylwesen/Migration“

Kategorie	Rel. Häufigkeit
inhaltliche Ausgestaltung einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik	49%
gerechten Verteilung auf alle Mitgliedsstaaten	18%
generell ablehnende Haltung	13%
Anpassung Dubling/MRK	9%
Rückführung	8%
Schutz und Hilfe	4%

Tabelle zu Abbildung 8: Bereiche, in denen Gesetzesinitiativen vorgeschlagen würden

Kategorie	Rel. Häufigkeit
Asylwesen/Migration	16%
Institutionelle Bestimmungen	12%
Sozialpolitik	8%
Steuerwesen	8%
Umweltschutz	7%
"sonstige Bereiche" wie Lobbyismus und Zeitumstellung	5%
Grenzschutz	4%
direkte Demokratie	3%
Beschäftigung	3%
Rechtstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte	3%
Agrarwesen	3%
Sicherheitswesen	3%
Stärkung Nationalstaaten	3%
Stärkung der EU, europäische Identität	2%
Wettbewerb, Wirtschaft, Finanzen	2%

Kategorie	Rel. Häufigkeit
Verkehrswesen	2%
Tierschutz	2%
Gesundheitswesen	2%
Forschung, Technologie	2%
Außenpolitik	2%
Energie	1%
Bildungswesen	1%
Entbürokratisierung	1%
Harmonisierung	1%
Verteidigung	1%
Handelspolitik	0%